



Protokoll kantonalen Parteitag Sozialdemokratische Partei Kanton Solothurn vom 22. Januar 2024 im Kino Koni in Olten, 19.15 – 21.10 Uhr

Stimmberechtigte im Saal: 44
Absolutes Mehr: 23



Geschäftsliste

1. Eröffnung des Parteitages

2. Bestellung des Wahlbüros/Stimmenzähler:innen

3. Genehmigung der Geschäftsliste

4. Genehmigung des Parteitags-Protokoll vom 23. Oktober 2023 und vom 29. November 2023

5. Input Mindestlohn-Initiative

- a) Informationen Stand der Unterschriftensammlung
- b) Informationen zur Einreichung

6. «SO SCHLANK. SO STARK.» (1:85 - Initiative)

- a) Input Daniel Probst, Kantonsrat FDP
- b) Input Mathias Stricker, Kantonsrat SP
- c) Diskussion
- d) Parolenfassung

7. Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)

- a) Vortrag Gabriela Medici, stellv. Generalsekretärin SGB
- b) Diskussion
- c) Parolenfassung

8. Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)

- a) Vortrag Farah Rummy, Nationalrätin SP
- b) Diskussion
- c) Parolenfassung

9. Varia

- a) Vorstellung SP Queer Luca Dahinden

1. Eröffnung des Parteitages

Nadine Vögeli, Co-Präsidentin SP Kanton Solothurn, hat das Wort.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, es freut mich sehr, dass ihr alle hier zu dieser ungewohnten Kulisse, ins Kino, gekommen seid. Ich bin sehr gespannt, wie es euch gefällt. Wir stehen am Anfang eines wichtigen Jahres und ich hoffe ihr seid alle gut gestartet. Dieses Jahr ist wichtig, weil mehrere Abstimmungen anstehen, bei denen es um Kernthemen der SP geht. Beispielsweise die Verhinderung von Altersarmut durch eine Rente, die ein würdevolles Leben ermöglicht. Bereits im März werden wir über die 13. AHV-Rente abstimmen. Ich freue mich sehr darüber, dass diese Initiative bis weit ins rechte Lager Unterstützung erhält. So hat beispielsweise die SVP Kantonalsektion aus Genf die Ja-Parole beschlossen. Oder bei der Parolenfassung der Zürcher SVP-Kantonalpartei hat ein Mitglied gesagt, «man stösst mit der Ablehnung SVP-Wähler vor den Kopf. Die Partei der sozialen Kälte ist die FDP nicht die SVP.» Im März werden wir ebenfalls über die Renteninitiative der Jungfreisinnigen und über die kantonale 1:85 Initiative der FDP abstimmen. Später im Juni kommt unsere Prämienentlastungsinitiative zur Abstimmung und die Kostenbremseinitiative der Mitte. Last but not least werden wir über das BVG-Referendum abstimmen können. Dies sind alles Themen, die die Menschen in unserem Land tagtäglich betreffen. Die steigenden Kosten belasten vor allem die tiefen und mittleren Einkommen, das heisst diejenigen Menschen, für die wir uns einsetzen. Und ja es ist so, dass wenn wir diese Abstimmungen gewinnen, dies den Staat etwas kosten wird. Ich bin aber der Meinung, dass ein Land, dass über Nacht Milliarden an Corona-Krediten zu Recht bereitstellen kann und in welchem Grossbanken gerettet werden können, es auch möglich sein muss, für die Menschen an der Basis etwas zu machen. Krankenkassenprämien und Altersvorsorge gehören zu den Topthemen im Sorgenbarometer 2023, aber auch die allgemein steigenden Kosten, beispielsweise für die Mieten tauchen im Ranking vorne auf. Wir haben dieses Jahr die Möglichkeit direkt auf einige dieser Themen Einfluss zu nehmen. Wir werden im Dauerabstimmungskampf sein, aber es wird sich lohnen.

Das Jahr 2024 wird aber nicht nur für uns in der Schweiz ein wichtiges Jahr sein. In verschiedenen Ländern stehen Wahlen an. In über 70 Ländern wird gewählt. In über 28 dieser Länder werden gemäss Economist wesentliche demokratische Kriterien nicht eingehalten. Nicht alle Wahlen werden also frei ablaufen. So kann man es sich beispielsweise vorstellen, wie es in Belarus und Russland sein wird. Aber auch in demokratischen Ländern in Deutschland oder den USA stehen Wahlen an. In Deutschland ist die AfD im Vormarsch, was mich ratlos und betroffen macht. Und falls in den USA Donald Trump gewählt würde, wäre dies eine Bedrohung für die ganze Welt. Wenn Trump gewinnt, wird dies die Autokraten in vielen Ländern, unter anderem Putin bestärken und ermutigen und den Multilateralismus weiter schwächen.

Wir brauchen positive Vibes und gute Gedanken, dass wir voller Elan und Motivation in dieses wichtige politische Jahr steigen können. Ich danke euch allen bereits jetzt für euer Engagement und eure Arbeit bei diesen wichtigen Abstimmungen. Der Parteitag ist eröffnet.

2. Bestellung des Wahlbüros/Stimmenzähler:innen

Hardy Jäggi informiert, dass für das Wahlbüro Marianne Wyss und Özlem Kellenberger vorgeschlagen werden. Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss

Marianne Wyss und Özlem Kellenberger werden einstimmig als Stimmenzählerinnen gewählt.

3. Genehmigung der Geschäftsliste

Hardy Jäggi stellt die Geschäftsliste zur Diskussion. Zu diesem Antrag gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss

Die Geschäftsliste für den Parteitag vom 22. Januar 2024 wird einstimmig genehmigt.

4. Genehmigung des Parteitag-Protokolls vom 23. Oktober 2023 und vom 29. November 2023

Hardy Jäggi stellt das Protokoll der Parteitage vom 23. Oktober 2023 und vom 29. November 2023 zur Diskussion. Die beiden Protokolle sind aufgelegt und auch auf der Homepage abrufbar. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss

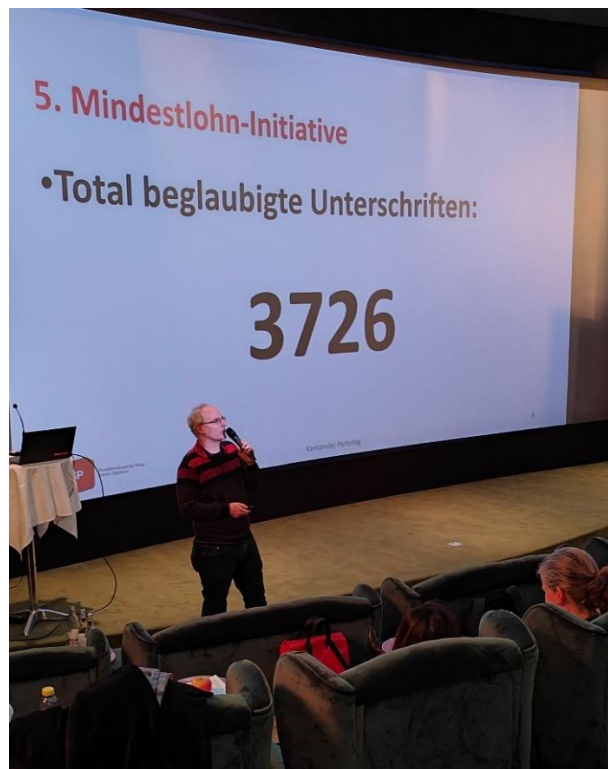
Das Protokoll des Parteitags vom 23. Oktober 2023 und vom 29. November 2023 werden einstimmig genehmigt.

5. Input Mindestlohn-Initiative

Fabian Müller, Parteisekretär SP Kanton Solothurn, hat das Wort.

a) Informationen Stand der Unterschriftensammlung

Liebe Sozialdemokratinnen, liebe Sozialdemokraten, am 5. Mai 2023 haben wir mit unserer Unterschriftensammlung für die kantonale Mindestlohninitiative begonnen. Wieviel hierbei in den letzten neun Monaten von unseren Mitgliedern, JUSO, Junge SP und weiteren Unterstützern gearbeitet wurde, das ist grandios. Wir haben es geschafft 3726 beglaubigte Unterschriften zu sammeln. Wir sind bereit zur Einreichung unserer kantonalen Volksinitiative.



b) Informationen zur Einreichung

Wir werden unsere Volksinitiative auch als Werbemittel für die kommenden Kantons- und Regierungsratswahlen benutzen und wir sind gespannt, was der Regierungsrat in seiner Botschaft zu unserer Initiative beschliessen wird. Wir planen aktuell die Einreichung der Unterschriften bei der Staatskanzlei und werden euch, sobald das Datum definitiv ist, dieses mitteilen. Wir sind bereits mittendrin an der Arbeit für unsere Abstimmungskampagne. Wir sind bereit mit Material für unsere Kampagne und bereit diese Abstimmung mit euch zusammen zu gewinnen.

6. «SO SCHLANK. SO STARK.» (1:85 - Initiative)

a) Input Daniel Probst, Kantonsrat FDP

Was treibt uns an, dass wir diese Initiative lanciert haben? In den letzten 10 Jahren ist das Staatspersonal unseres Kantons fast doppelt so schnell gewachsen wie die Bevölkerung. Während die Bevölkerung 10% gewachsen ist, hat das Wachstum des Staatspersonals um 19% zugenommen. Dies ist dahingehend problematisch, dass wenn man neue Stellen schafft, dies auch wieder zusätzliche Begehrlichkeiten weckt für weitere Stellen. In der öffentlichen Hand ist es auch nicht einfach einmal geschaffene Stellen wieder abzubauen. Mehr Staatspersonal muss auch finanziert werden und dies führt zu mehr Steuern. Zusätzlich haben wir die Problematik der immer grösser werdenden Bürokratie. Lehrerinnen und Lehrer müssen sich vermehrt mit Berichten auseinandersetzen. Aber auch bei der Polizei ist dies vermehrt der Fall. Und auch im Gesundheitsbereich nimmt die Bürokratie zu. Die Verwaltung ist ein Treiber dieser Bürokratie. So bleibt auch weniger Zeit für den Unterricht oder für die Sicherheitstätigkeiten oder für die Patientinnen und Patienten.



In den nächsten 20 Jahren werden beim Kanton viele Personen in Pension gehen. Wir haben nicht die Menschen, um alle diese Stellen zu besetzen, wenn das Wachstum beim Personal so weitergeht. Es ist auch keine gute Entwicklung, da wir beim Kanton zurzeit ein hohes finanzielles Defizit haben.

Was will die 1:85 Initiative? Pro 85 Einwohner soll es eine Stelle beim Kanton geben. Das war der Stand im Jahr 2020. Somit koppeln wir das Wachstum der Stellen beim Kanton an das Bevölkerungswachstum. Uns ist klar, wenn die Bevölkerung wächst, dann braucht es auch mehr Stellen. Deshalb war eine Plafonierung der Stellen für uns keine Option. Dieser Vorschlag ist umsetzbar. Wir haben im Kanton gute Beispiele, bspw. die Steuerverwaltung, die es mit dem Einsatz von künstlicher Intelligenz und der Digitalisierung trotz Wachstum der Bevölkerung erreicht hat, dass der Stellenetat nicht gleich schnell wächst, wie die Entwicklung der Bevölkerung. Wir sind der Meinung, dass in der Verwaltung noch Potential vorhanden ist. Beispielsweise bei den Prozessen in den verschiedenen Ämtern. Weiter ermöglicht die Digitalisierung ein Bremsen des Stellenwachstums. Auch kann der Kanton Stellen out-sourcen, insbesondere beim Reinigungspersonal und der Kanton könnte vermehrt mit den Unternehmen im Rahmen von Private-Public-Partnership zusammenarbeiten.

Es geht uns nicht um den Abbau von Stellen. So sind beispielsweise die Primarlehrer:innen oder die Pflegefachleute nicht von unserer Initiative betroffen. In unserem Kanton werden in den nächsten Jahren über 500 Personen in Pension gehen. Eine Pensionierung ist immer eine Chance die entsprechende Stelle zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Unsere Homepage geht diese Woche online. Unsere Angestellten beim Kanton sollen gestärkt werden, sich weiterentwickeln können und effizienter werden. Unser Slogan für die Kampagne lautet «Rennpferde statt Amtsschimmel».

b) Input Mathias Stricker, Kantonsrat SP

Wenn ich jetzt zu euch spreche, habe ich drei Hüte an. Der erste Hut ist derjenige als Kantonsrat. Hier bin ich mitverantwortlich für die Leistungserbringung und Budgetierung des Kantons. Mein zweiter Hut das ist derjenige des Personalverbands. In meinem Fall ist dies der Verband der Lehrerinnen und Lehrer im Kanton Solothurn. Und der dritte Hut, das ist derjenige als Einwohner, als Steuerzahler. Mit allen drei Hüten sage ich Nein zu dieser Initiative.

Dass diese Initiative schädlich ist, dass sage nicht nur ich. Das sagt auch das kantonale Parlament und die Regierung. Die Initiative bewirkt, dass wir einen rigorosen Stellenabbau durchführen müssen. Das verursacht anschliessend einen massiven Leistungsabbau. Dies schadet der ganzen Bevölkerung und schlussendlich auch den Gemeinden, denn, wenn der Kanton gewisse Leistungen nicht mehr erbringen kann, dann werden diese an die Gemeinden delegiert werden müssen. Im schlimmsten Fall heisst das auch Steuererhöhungen. Der Kanton Solothurn hat jetzt bereits eine der schlanksten Verwaltungen. Seit Jahren haben wir tiefe Personalausgaben pro Einwohner und wir liegen klar unter dem schweizerischen Durchschnitt. Wir können dies auch aufgrund von Statistiken darlegen. Es ist richtig, dass wir alle gute Leistungen von der Verwaltung wollen, aber wir wollen auch gute Leistungen von der Polizei oder von den Wegmachern oder an den Schulen. Wir sind jetzt schon sehr schlank unterwegs. Die Verwaltung ist zum Teil jetzt schon am Limit. Ich durfte dies konkret letzten Dezember im Amt für Kultur und Sport erfahren. Dort wird am Limit gearbeitet, gleichzeitig hat der Kantonsrat genau dort Kürzungen beschlossen und man hat ihnen auch mehr Aufgaben erteilt, zum Beispiel die Erarbeitung eines Sportleitbilds. Ich frage mich, was es nützt, wenn zuletzt diese Personen krank werden, ausfallen und wir schlussendlich auch wieder Personal suchen müssen beziehungsweise Leistungen nicht erfüllt werden können. Es ist effektiv so, dass in den letzten 10 Jahren ca. 560 Stellen im Kanton Solothurn aufgebaut wurden. Gleichzeitig hatte man ein Bevölkerungswachstum. Am höchsten war dieser

Zuwachs im Departement für Bildung und Kultur sowie im Departement des Innern. Wieso ist das so? Der Bund gibt immer wieder neue Vorgaben. Der Kantonsrat gibt immer wieder neue Aufträge. Alles sind gesetzliche Vorgaben, die umgesetzt werden müssen. Dann ist auch noch die Pandemie gekommen. Ich habe hier ein paar Stichworte notiert, was in den letzten Jahren alles passiert ist. «Sicherheit Strassenverkehr via Secura» oder man hat eigenes Personal eingestellt, anstatt externe Reinigungsfirmen zu beauftragen oder die Komplexität der Fälle im Strafprozess hat massiv zugenommen. Aber es ist noch vieles mehr. Ich spreche hier auch von den Schulen, beispielsweise die Kantonalisierung der heilpädagogischen Sonderschulen. Der Kanton hat diese übernommen, allein das sind 133 neue Stellen, die dazu gekommen sind. Man hat mehr Schülerinnen und Schüler im integrativen und sonderpädagogischen Massnahmenbereich. In der Berufsbildung gibt es mehr Schülerinnen und Schüler, ich spreche von den kantonalen Schulen. Daniel Probst hat das richtig gesagt. Diese Initiative betrifft die Volksschule nicht direkt. Ich spreche auch von der Sicherheit, beispielsweise die Aufgabenerweiterung in den Justiz- und Vollzugsanstalten und den Untersuchungsgefängnissen. Auch die Integration der Stadtpolizei von Olten und Grenchen hat stattgefunden. Es ist einiges dazugekommen so auch die Opferberatungsstelle oder die Fachstelle Bienen, welche mit der Biodiversität zu tun hat und für uns sehr wichtig ist. Somit könnt ihr euch auch vorstellen, wieso sich die Stellen beim DBK und beim DDI so erhöht haben. Es sind alles Aufgaben, die wir umsetzen dürfen oder müssen.

Das Verhältnis 1:85, Daniel Probst hat das erklärt. Das geht auf 2019 zurück. Ihr seht, 2020 ist die Zahl runtergegangen. Das hat auch wieder mit der Pandemie zu tun. Die Pandemie, hat auch einiges zu den zusätzlichen Aufgaben beigetragen. Und ihr seht jetzt, 2022 korrigiert sich das Verhältnis ein bisschen weit wieder, auch im Voranschlag 2023. Das heisst, man ist dort eigentlich schon wieder auf einem umgekehrten Weg. Wenn man diese Initiative annehmen würde müssen Vollzeitstellen abgebaut werden. Je nach Rechnung sind es 144 oder 154, je nachdem, welches Jahr man nimmt.

Warum die Initiative ablehnen? Die Steuergrösse 1:85, die ist sehr, sehr starr. Die Departemente, die entwickeln sich unterschiedlich. Das hat wieder damit zu, dass die Bedürfnisse und die Anliegen der Bevölkerung sehr unterschiedlich sind oder sich auch verändern. Zum Beispiel die Altersstruktur unserer Bevölkerung verändert sich. Das hat zur Folge, dass wir andere Massnahmen treffen müssen oder neue Aufgaben lösen müssen. Schülerinnen und Schülerzahlen, das habe ich schon mal erwähnt. Auch das hat einen direkten Impact. Und so haben wir dann auch unterschiedliche Kostentreiber. Starr auch, weil es ist über die ganze Verwaltung gedacht und wie das funktionieren soll, da haben wir grosse Fragezeichen.

Die Massnahmen müssen innerhalb von zwei Jahren umgesetzt werden. Das heisst, der Stellenabbau, der führt sofort zu massiver Reduktion von staatlichen Leistungen. Und natürlich müssen dann auch Gesetze angepasst werden, weil wir haben ja Gesetze zu erfüllen und wenn wir das nicht können, dann müssen die Gesetze angepasst werden. Das heisst, zusätzliche Bürokratie ist auch etwas, was eine Folge der Initiative sein könnte. Der Kantonsrat ist der Leistungsbesteller. Jetzt entscheidet der Kantonsrat etwas. Er wollte das und die Regierung muss es dann umsetzen und gleichzeitig muss dann die Regierung das Verhältnis wieder einhalten. Wie soll das funktionieren? Das ist ein komischer Vorgang, der dann hin und her geht. Das heisst, man kann dann gar nicht mehr agieren.

Wenn Leistungen somit innerhalb von einem Departement nicht mehr erbracht werden dürfen, aber dennoch erledigt werden müssen zu was führt das? Man vergibt die Aufgaben extern, weil man sie nicht mehr selbst erbringen darf. Eine externe Vergabe bedeutet immer, es wird teurer. Wenn wir also die 1:85 annehmen, dann muss diese umgesetzt werden und dann könnte das ein Kündigungsgrund sein, dass man sagt, wir müssen das Verhältnis einhalten. Da sehen wir, dass das rechtlich schwierig könnte werden. Es gibt ein Prozessrisiko und die Unsicherheit steigt an. Wir wollen schlussendlich ein attraktiver Kanton sein und das können wir so nicht. Dann ist noch ein anderer Punkt. Daniel Probst hat das auch angetönt. Wir sind aktuell an einer Leistungsüberprüfung innerhalb der Ämter, bei der man genau

eigentlich das im Fokus hat, Die Effizienz zu überprüfen. Ich nehme noch mal den Satz auf, den ich schon mal hingeschrieben habe. Und die Frage ist dann: Ja, wie können wir effizient arbeiten? Wir wollen auch eine effiziente Verwaltung. Und für das haben wir im Kanton Solothurn etwas Spezielles nämlich die wirkungsorientierte Verwaltungsführung. Das ist jetzt ein bisschen technisch, ich möchte das nicht gross erklären. Aber grundsätzlich spricht das Parlament Geld und koppelt dies an eine Leistung. Der Pensenbestand ist zwar nicht Bestandteil dieser Globalbudgets, der kann nicht direkt gesteuert werden. Aber er kann dennoch gesteuert werden.

Ich sage euch ein Beispiel: „Ich bin als Kantonsrat Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission und in der Funktion dort in einem Globalbudgetausschuss. Das ist bei mir jetzt das ABMH, in dem es um die Berufsschule, Mittelschule und Hochschulbildung geht. Dort schauen wir jedes Jahr den Semesterbericht an, prüfen, wie die Finanzen aussehen und alle drei Jahre gibt es ein neues Globalbudget. Dort können wir nachher schauen, wie viel Geld wir zur Verfügung stellen können und für dieses Geld wollen wir diese Leistungen. Und das Amt hat dort nachher Möglichkeiten, das zu steuern und muss so natürlich indirekt dann auf die Stellen einwirken. Das heisst, mit WOV haben wir bereits die Möglichkeit auch Effizienz einzufordern.

Ich nehme zwei Themen kurz auf. Ich habe schon gesprochen von dieser Leistungsüberprüfung, die wir haben in den Ämtern. Das ist konkret im AIO, im Volksschulamt und bei der Standortförderung. Wir haben gleichzeitig einen Massnahmenplan, in welchem die Regierung Vorschläge macht, um 60 Millionen einzusparen und jetzt wollen wir noch 1:85 drauf packen. Das hat einen massiven Impact auf die Leistungen. Gleichzeitig haben wir eine Zunahme bei den Schülerinnen und Schülern auch in den kantonalen Schulen. Wir haben eine Zunahme der Kriminalität. Und ich möchte darauf hinweisen, dass wir bereits jetzt im Kanton Solothurn eine der geringsten Polizeidichten in der Schweiz haben, dass die Belastung der Polizei an ihre Grenzen kommt, dass die Sicherheit der Bevölkerung im Kanton Solothurn nicht geschwächt werden soll. Leistungsabbau bei der Polizei bedeutet beispielsweise auch weniger Einbruchsprävention, schlechtere Unterstützung bei der häuslichen Gewalt oder einen schwächeren Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Und das alles ist verbunden mit zusätzlichen Herausforderungen, die wir im Sozialwesen haben und in der Klimapolitik. Und diese Herausforderungen, die müssen auch bewältigt werden. Kommen wir zum Schluss. Mit dem Hut eins sage ich als Kantonsrat, die Initiative ist unnötig. Mit dem Hut zwei sage ich als Personalvertreter, es ist ein Misstrauensvotum gegenüber allen Staatsangestellten und mit dem Hut drei als Kunde, Steuerzahler, Einwohner, da habe ich das Gefühl, wir haben bereits eine sehr schlanke Verwaltung, was auch bestätigt ist. Wir haben keinen Luxus in unserem Leistungsangebot und die Belastung für die Gemeinden wird zunehmen.

Liebe Genossinnen, tut mir leid, dass ich keine Männer gefunden habe bei dieser Karikatur, aber wir sehen da, der Kanton Solothurn ist schon der Schlankste. Und wenn man noch genauer schaut, dann sieht man, dass der Solothurner eine Brille trägt. Eine Brille ist für mich auch ein Zeichen für Weitsicht und genauer hinschauen. Die Geschäftsleitung empfiehlt euch die Nein Parole. Herzlichen Dank.

c) Diskussion

Hardy Jäggi, Co-Präsident SP Kanton Solothurn, hat das Wort

Daniel Probst, du hast in deinem Votum gesagt, dass die Administration zunehme, überall. In der Polizei, in der Pflege, überall immer mehr. Ich sage jetzt mal, Papierkram und weniger eigentlich den Job machen. Aber soll man dann nicht dort anfangen und direkt schauen, dass man weniger Administration hat anstatt 1:85?

Daniel Probst: Ja, wir müssen dort anfangen. Genau. Was wir uns vorgenommen haben mit dem, ist, dass wir eine Steuergrösse haben, auch beim Pensenbestand. Mathias Stricker hat das richtig gesagt. Wir definieren die Leistungen, wir definieren das Geld, aber bei den Stellen haben wir nichts zu sagen. In der Gemeinde ist das anders. Oft haben wir dort einen Stellenplan, den man zusätzlich verabschiedet und uns fehlt so ein Instrument. Und was ich schade finde, ist, dass wir keinen Gegenvorschlag haben, der vielleicht in die Richtung gegangen wäre. Das wäre ein bisschen der Spatz in der Hand gewesen. Aber ja, wenn man das Ziel vorgibt und das ist das Ziel, dass man nicht schneller wächst als die Bevölkerung, dann wäre der erste Ort, wo ich anpacke, eben nicht an der Front, sondern genau dort beim Papierkrieg, bei dem jeder bestätigen kann, dass er zugenommen hat. Und ich glaube, wenn man dort nicht eine Vorgabe gibt, dann passiert es auch weniger. Wir haben jetzt einen Auftrag durchgebracht, mit welchem wir die Leistungen überprüfen. Und das ist meine Wahrnehmung, dass es zwar gemacht wird, aber eher ein bisschen zaghaft. Und die Regierung ist ursprünglich nicht für diesen Auftrag gewesen, Wir haben dann im Kantonsrat eine Mehrheit gefunden. Und darum glauben wir, dass es dort noch mehr braucht, als wir heute haben. Es braucht Zielvorgaben.

Mathias Stricker: Du hast die Bürokratie angesprochen, du hast auch die Schulen erwähnt, dass man weniger Formulare ausfüllen muss, aber das ist nicht das, was schlussendlich Stellen verursacht. Durch die 1:85 Initiative kommt der Druck auf die ganze Schule in einer anderen Form, indem man zum Beispiel sagt, man muss Stellen sparen, man muss Geld sparen. Man muss die Klassen optimieren, dass man dort eben diese Stellen einsparen kann. Das heisst schlussendlich grössere Klassen. Aber das bedeutet schlussendlich dann auch weniger Bildung. Also man kann das indirekt auch steuern.

Nadine Vögeli, SP Hägendorf: Daniel, du hast vorher gesagt, wir können ja zum Beispiel Personal auslagern, dass man nicht mehr selbst das Reinigungspersonal anstellt. Aber das ist auch Augenwischerei. Wenn man es extern gibt, vielleicht ist es ein bisschen günstiger. Aber ich weiss, was Reinigungsfirmen verlangen für eine Stunde Reinigung. Und ich glaube, zu dem Preis kann man dann eben gleich auch fast jemanden anstellen und man nimmt auch seine Verantwortung wahr, indem man nicht einfach die günstigen Arbeitsplätze auslagert und die Leute in einer kritischen Arbeitsumgebung arbeiten müssen und unter noch viel mehr Druck arbeiten. Ich glaube, da haben wir einfach auch eine Verantwortung als Kanton und als Arbeitgeber.

Daniel Probst: Ja, die haben wir. Es gibt diverse Sachen, die der Kanton nicht selbst macht, die man mit Leistungsaufträgen erfüllt. Und dort ist es oft auch geknüpft, genauso an arbeitsrechtlichen Themen. Also das wäre genau gleich möglich. Ich finde es noch schwierig, wenn man annimmt, dass man, wenn man etwas auslagert, also beispielsweise Reinigungspersonal oder Personal in der Cafeteria, dass das dann grundsätzlich teurer ist als wenn man es selbst erbringt. Das stimmt, wenn man vielleicht nur die variablen Kosten anschaut, aber wenn man eine Vollkostenrechnung macht, stimmt das sicher nicht mehr. Und da bin ich schon der Meinung, dort könnte man einerseits genau Stellen sparen und andererseits haben wir unter dem Strich auch weniger Kosten. Und das geht nicht auf Kosten der Arbeitssituation der Leute. Unsere Reinigungsfirmen, und ich gehe davon aus, dass das der Kanton an eine seriöse Firmen vergibt, arbeiten ordentlich und die Leute haben genau so gute Arbeitsbedingungen.

Karin Kälin, SP Rodersdorf: Der Kanton Solothurn hat in den vergangenen Jahren, ich sage jetzt fast schon, einen aufblühenden Charakter. Er ist von einem Schattendasein zu einem moderneren Kanton geworden. Und wenn man das macht, den ganzen Prozess beobachtet, braucht es bei allen neuen Projekten bspw. Digitalisierung oder der Ansiedlung von neuen Firmen einen Initialaufwand und Initialaufwände sind mit Stellen verbunden und die braucht es. Und wir würden mit dieser Initiative in einem starren Korsett, dieses Aufblühen verhindern.

Mathias Stricker: Das kann ich bestätigen, was Karin gesagt hat. Wir haben eine Digitalisierungsstrategie und wir haben jetzt festgestellt, dass es, um diese umsetzen zu können, einen Input braucht, auch gewisse Leistungen zusätzlich braucht, dass dort auch wieder langfristig ein Stellenabbau möglich ist. Und wenn wir jetzt da eingreifen, dann hat das massive Folgen.

Daniel Probst: Das ist richtig. Es braucht diese Investitionen. Das haben wir genau angeschaut bei der Digitalisierung. Was mir gefehlt hat, und das haben wir auch diskutiert und haben es dann nicht durchgebracht, dass man es dann verknüpft mit einem langfristigen Ziel, dass man sagt, okay, man investiert jetzt und man hat die Idee, dass man eben mit der Zeit vielleicht auch weniger Leute braucht, nicht durch Entlassungen, sondern dass man weniger Leute einstellen muss, und das wollte man nicht. Und genau hier braucht es eine Zielvorgabe, so wie unsere Initiative eine setzt. Ich habe einen Bruder, der ist im Lean Management tätig. Die beraten Firmen in Prozessen, und zwar nicht einfach nur in der Industrie, sondern auch Firmen, die ausschliesslich Dienstleister sind. Und der sagt, im Minimum kann man beim Prozess im Beruf 10 bis 20% herausholen und durch die Digitalisierung nochmal 20 bis 30%. Und da kommt noch dazu, das habe ich vorher gesagt, dass wir zukünftig weniger Fachkräfte haben werden. Der Kanton kommt gar nicht darum herum, dass er 1:85 erfüllen muss. Also wir werden gar nicht mehr die Leute auf dem Arbeitsmarkt finden und darum wollen wir lieber früher als später anfangen, dass wir uns auf diese neue Welt einstellen können als Kanton.

Markus Ammann, SP Olten: Also du hast jetzt selbst gesagt, dass die Initiative unnötig ist, denn das passiert ja so oder so, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe. Also es braucht keine Initiative. Aber ich möchte noch eine zweite Bemerkung machen. Ich störe mich immer daran, wenn man so pauschal sagt: „Ja, der Papierkrieg, «Oh, wir müssen nur noch Papier ausfüllen und Zahlen eintragen.» Natürlich hat das zugenommen. Das hat auch einen Grund. Das ist nicht, weil der Kanton oder irgendjemand gerne die Papiere abheftet, sondern genau diese Rückmeldungen, die auch gemacht werden müssen, die führen einerseits dazu, dass die Qualität besser wird und die führen auch dazu, dass man die Ressourcen besser einsetzen kann. Aber man muss wissen, was eigentlich passiert. Ich sage nicht, dass jedes Papier nötig ist, aber immer das pauschale Abqualifizieren der administrativen Arbeit, das finde ich einfach falsch. Vielleicht jetzt noch eine Frage: Das eine ist die Anreizgeschichte, die Nadine Vögeli schon angesprochen hat. Du hast gesagt, was Positives passieren könnte? Nadine hat gesagt, es könnte aber auch das Negative passieren. Wir lagern nämlich aus, möglicherweise dann nicht nur die tieferen Lohnklassen, sondern dann vielleicht auch in höheren Lohnklassen. Und die sind in der Regel in vielen Bereichen in der Privatwirtschaft deutlich teurer als in der öffentlichen Verwaltung. Das heisst, eigentlich ist es ein Schuss nach hinten weil schlussendlich die Kosten dann ansteigen, auch wenn wir weniger Personal haben. Das geht mir noch nicht auf. Ich weiss nicht, ob ihr euch über diese Bedenken auch Gedanken gemacht habt bei dieser Initiative Und die zweite Frage ist: Warum 1:85? Nur weil jetzt per Zufall im Jahr 2019 das Verhältnis so war. Das heisst, ich muss es annehmen. Wenn die Initiative ein bisschen später gestartet worden wäre, würde es heissen, 1:80 oder vielleicht früher 1:90? Je nachdem, das ist ein bisschen Zufall. Oder auf was begründet ihr eigentlich diese Zahl? Und die letzte Frage: Kennst du ein Unternehmen, das über den Kopf steuert, beziehungsweise über eine Verhältniszahl von Köpfen? Uns wird im Kanton immer vorgeworfen, wir müssen mehr unternehmerisch handeln und jetzt kommt man mit so einer völlig weltfremden Idee, die man eigentlich nirgends in der Wirtschaft findet, dass man über Köpfe steuern soll. Kannst du mir so ein Unternehmen nennen?

Daniel Probst: Also in jedem Unternehmen, in welchen ich bis jetzt gearbeitet habe, hat man über Köpfe gesteuert. Einerseits über Budget. Aber auch explizit über Köpfe. Also sei es bei staatlich nahen Unternehmen, wie Axpo oder Swisscom. Die haben überall auch über Köpfe gesteuert und nicht nur über das Budget. Dann die Zahl 1:85. Das ist tatsächlich so. Was wir zuerst angeschaut haben, ist, ob es einen Vergleichskanton gibt, den man vergleichen könnte, um zu sagen stehen wir gut da oder stehen wir schlecht da. Das ist aber ehrlich gesagt nicht möglich gewesen. Das ist sehr schwierig. Es gibt zwei Gründe. Der Erste ist, dass

jeder Kanton die Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden anders aufteilt. Da unser Kanton eher mehr Aufgaben bei den Gemeinden hat, sind wir eben auch schlank. Da ist jeder Kanton schon unterschiedlich und dann gibt es auch Kantone, die zum Teil noch andere Aufgaben haben. Zum Beispiel kommt vielleicht auch die Universitätsklinik dazu, die wir jetzt nicht haben. Und darum ist der Vergleich sehr schwierig. Uns geht es nicht um die Zahl 1:85. Die könnte tatsächlich anders lauten. Uns geht es darum, dass wir nicht stärker wachsen als die Bevölkerung. Und dann ist die Verhältniszahl die richtige Antwort. Von mir aus hätte die auch anders sein können. Die Initiative ist in Form von einer Anregung gehalten, dass wir nicht schneller wachsen wollen. Wir haben gehört, zwei Jahre hat man Zeit. Man hat verschiedene Möglichkeiten. Man hat eigentlich nur vom Outsourcing gesprochen, hier sehe ich, es gibt Möglichkeiten, es gibt die Digitalisierung, es gibt PPP, es gibt einen ganzen Strauss von Massnahmen, den man machen kann.

Markus Ammann: Du hast die positiven Beispiele genommen, aber als Kantonsrat, der in die Zukunft schaut, muss ich auch sagen, dass der Kanton die Aufgaben, die er nicht mehr gern macht, an die Gemeinden abschieben wird. Die Initiative wird dafür ein Anreiz sein.

Daniel Probst: Nein, da haben wir in der Initiative vorgesorgt. Wir haben gesagt, bestehende Aufgaben, die verschoben werden, z. B. vom Kanton zur Gemeinde oder auch von den Gemeinden zum Kanton, zum Beispiel die Stadtpolizeien oder die HPSZ. Da wird die Verhältniszahl angepasst. Das haben wir berücksichtigt. Das könnte man dann nicht machen. Also wenn ein Betrieb verlagert wird, wird das genau angepasst. Das andere, wenn der Bund mit komplett neuen Aufgaben kommt, haben wir gesagt, auch dann sollte die Verhältniszahl angepasst werden. Also uns geht es darum, dass wir erstens nicht schneller wachsen als die Bevölkerung und zweitens heisst das, wenn du die gleichen Aufgaben verschieben willst, heisst das, dass wir die Staatsquote insgesamt nicht erhöhen wollen. Also an diesen Punkt haben wir schon gedacht.

Sena Murati, SP Hägendorf: Ich bin selbst in eine solche Schule gegangen und habe ein bisschen mitbekommen, wie das so mit den Kosten abgeht. Und wie wäre das jetzt, wenn die Heilpädagogische Schule Lehrkräfte entlassen muss? Würden sie dann gemischte Klassen machen?

Daniel Probst: Unsere Idee ist nicht, das habe ich versucht zu sagen, dass wir an der Front Stellen abbauen. Ich will auch nicht plötzlich viel grössere Klassen, die die Qualität des Unterrichts senken. Ich will auch nicht weniger Polizisten. Und vorher hat Markus Ammann gesagt, dass die Initiative pauschal gegen die Bürokratie ist. Also ich glaube, da gibt es mehrere Beispiele, die ich selbst auch erlebt habe. Sei es in der Schule oder in den Spitälern. Also gibt es viele Sachen, bei denen man wirklich Formulare mehrmals ausfüllen muss, und das hat der Kanton schon in der Hand. Das sind nicht immer Bundesvorgaben. Das ist nicht pauschalisiert. Es geht nicht darum, dass man die Klassen vergrössert. Das war nicht die Idee. Wir wollen Sparmöglichkeiten ausloten über digitalisierte Prozesse, vielleicht über Auslagerung, vielleicht über Partnerschaft mit Privatwirtschaft, dass man es dort macht und dort effizienter wird.

Mathias Stricker: Zum Schluss möchte ich noch mal ergänzen. In den Berechnungen habt ihr die kantonalen Lehrpersonen auch einbezogen. Das heisst, die Gefahr ist gross, dass der Druck kommt und dass dann auch direkt an der Front Stellen abgebaut werden müssen, weil es dann über die Globalbudgets geht.

d) Parolenfassung

Der Parteitag beschliesst mit 42 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen und 0 Ja Stimmen die Nein-Parole zur 1:85 Initiative.

7. Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)

a) Vortrag Gabriela Medici, stellv. Generalsekretärin SGB

Gabriela Medici, stellv. Generalsekretärin SGB, hat das Wort.

Guten Abend miteinander. Danke vielmals für die Einladung. Ich habe ehrlicherweise nicht damit gerechnet, dass ich mal in einem Kino auf der Bühne stehe. Deshalb freue ich mich sehr. Ich habe die wunderbare Aufgabe euch heute Abend etwas näherzubringen, wieso ihr ein Ja für diese Initiative einlegen müsst. Da gibt es etwas, was wir eigentlich viel lesen können. Aber vor allem ist es etwas, was man eigentlich spürt. Das Leben ist teurer geworden in der Schweiz. Das neue Jahr ist gestartet, wieder mit einer Teuerung, noch mal Preissteigerungen, wie beispielsweise bei der Krankenkassenprämie. Die Monatsrechnung ist jetzt eine andere als sie letztes Jahr war. Die Mehrwertsteuer wurde erhöht. Weitere Steigerungen sind angesetzt.

Und was bedeutet das für Rentnerinnen und Rentner? Anders als wenn man erwerbstätig ist, kann man nicht probieren, seine Situation zu verbessern, indem man einen anderen Job sucht. Als Rentnerin und Rentner geht das nicht. Das, was man als Rentner hat, das ist nachher das, was man lebenslänglich zur Verfügung hat. Er braucht sozialpolitische Massnahmen, damit das geändert wird. Und was passiert ist in den letzten Monaten, in den letzten drei Jahren, ist unglaublich. Ihr seht hier den totalen Kaufkraftverlust, den wir haben. Dass dadurch eine Monatsrente weg ist. Und wenn das das Total ist, dann sehen wir auch schon, dass da nicht mehr viel möglich ist. Wenn man 3500 Franken Rente hat pro Monat und plötzlich fehlt ein ganzer Monat, dann wird es langsam sehr eng. Hier seht ihr die Durchschnittsrente heute in der Schweiz von denen, die neu in Rente gehen. 3500 Franken, AHV und Pensionskasse zusammen. Die, die das Glück haben, dass sie zwei Säulen haben. Wie funktioniert unsere Altersvorsorge? Grundsätzlich ist es so, dass wir bei der AHV einen Ausgleich haben. Alle zwei Jahre werden die AHV-Renten an die Teuerung angepasst. Aber die Prämiensteigerungen sind nicht integriert. Und für dieses Jahr hat es gar nichts gegeben. Nächstes Jahr gibt es dann vielleicht etwas. In der zweiten Säule ist es noch viel problematischer. In der zweiten Säule haben wir keinen Teuerungsausgleich. Genau die gleiche Rente, die wir mit 65 bekommen, bekommen wir dann auch mit 85. Es gibt keinen gesetzlichen Teuerungsausgleich und das ist nicht das einzige Problem. Das zweite Problem, das wir haben in der zweiten Säule, ist, dass die Pensionskassenrenten sinken. Und sie sinken dramatisch. Sie sinken schon seit über einem Jahrzehnt. Konkret, der Zugbegleiter, der heute in Rente geht, obwohl er genau den gleichen Lebenslauf gehabt hat, hat 1000 Franken weniger pro Monat Pensionskassenrente als sein Kollege, der 20 Jahre vorher in Rente gegangen ist. Warum das? Die Zinsen sind negativ gewesen und die Administration sehr teuer. Und die Umwandlungssätze sind gesunken.

Wir haben ein Kaufkraftproblem bei den Rentnerinnen und Rentnern. Und darum, das, was wir eigentlich vor knapp fünf Jahren mal lanciert haben, also einen Ausbau, eine Verbesserung der Rentensituation, was auch dringend notwendig ist, ist jetzt nicht mehr aber eben auch nicht weniger als ein Ausgleich.

Wir brauchen den Rentenausgleich, damit wir wenigstens die Kaufkraft der Rentnerinnen und Rentner erhalten können. Viele sagen, grundsätzlich wäre das ja schon eine gute Idee so eine 13. AHV-Rente. Aber viele glauben, man könne sich das nicht leisten, da die AHV übermorgen Bankrott geht. Nein, das geht sie nicht. Das sind Zahlen vom Bundesrat. Das sind nicht eigene Erfindungen des Gewerkschaftsbunds. Der Bundesrat sagt, heute hat die AHV-Reserven von 50 Milliarden. In den nächsten Jahren wird die AHV Überschüsse schreiben.

Aber ja, selbstverständlich ist eine 13. AHV-Rente nicht gratis. Aber es gibt nirgends mehr Rente für weniger Geld. Der Bundesrat geht davon aus, dass die 13. AHV-Rente 0,4 Lohnprozent für Arbeitnehmende kostet. 0,4 Lohnprozent, das heisst 80 Rappen am Tag oder 25 Franken pro Monat. Für Personen mit einem normalen Einkommen. Und für 25 Franken pro Monat bekommt man dann nachher fast 200 Franken pro Monat. Und dieses Preis-Leistungsverhältnis, das gibt es nur in der AHV. Warum? Die Arbeitgeber zahlen mit. Topverdiener zahlen mit. Der letzte veröffentlichte Lohn von Herr Ermotti ist 13,3 Millionen. Auf diese 13,3 Millionen hat er in die AHV einbezahlt. Damit kann man nicht nur seine 13. AHV-Rente zahlen, sondern auch die von 20 anderen Personen. Das gibt es nur in der AHV. Und jetzt möchte ich noch auf einen Aspekt aufmerksam machen. Du hast vorhin gesagt, du hast das Stichwort gebracht, Rentenaltererhöhung der Frauen vom letzten Herbst. Wir mögen uns wahrscheinlich erinnern, letzten Herbst haben bürgerliche Politikerinnen und Politiker gesagt: Wenn die Frauen gleich lang arbeiten wie die Männer, dann bekommen sie bessere Renten. Wo kann man das machen, wenn nicht in der AHV. In der AHV gibt es reale Renten für das Grossziehen der Kinder und für das Betreuen von Angehörigen. Und ganz konkret: Das Grossziehen eines Kindes gibt bis zu 350 Franken pro Monat bei der Rente. In der zweiten Säule ist das Gegenteil der Fall. Genau darum brauchen wir die 13. Rente.

Ab morgen startet offiziell die Gegenkampagne. Und ab morgen werden wir überall noch mehr als in den letzten Wochen hören, dass sich die AHV das nicht leisten kann. Die Schweiz kann sich das nicht leisten. Habt ihr euch schon mal überlegt, warum die UBS mehr oder weniger im Drei-Monats-Takt eine neue Studie rausgibt, warum es der AHV schlecht geht? Sie haben das Interesse daran. Und habt ihr euch schon mal überlegt, wie viele Grossbanken in Konkurs gegangen sind im letzten Jahrzehnt. Altersvorsorge ist ein Geschäft in der Schweiz. Was wir wollen, ist nicht mehr, aber nicht weniger, dass wenigstens ein bisschen des Kaufkraftverlusts wieder ausgeglichen wird. Das ist der erste Schritt, den wir dringend brauchen, damit die, die in der Schweiz das ganze Leben gearbeitet haben, auch leben können mit ihrer Rente. Besten Dank.

b) Diskussion

Tobias Aebischer, SP Grenchen: Wir hören immer wieder, dass die älteren Leute im Durchschnitt am meisten Vermögen haben. Was mich stört ist, dass vom Durchschnitt und nicht vom Medianwert gesprochen wird.

Gabriela Medici: Das ist so, dass die Älteren mehr Vermögen haben als die Jüngeren. Ehrlicherweise, ich bin ein bisschen froh, dass wir in einem Land leben, in dem wir mit dem Alter ein bisschen mehr Geld haben als als 20-jährige Person. Das wäre dann eben ein spezieller Kapitalismus. Aber vor allem, was interessant ist, ist, was heisst «vermögend sein»? Die Hälfte der heutigen Rentner lebt mit einem Wohneigentum. In einem Haus, in einem Häuschen. Und mit dem kann man keine Krankenkassenprämien zahlen. Und damit kann man nicht die steigenden Preise ausgleichen. Vielleicht noch mal ins Detail: Die Ungleichheit ist nirgends grösser als bei den Vermögen der Älteren.

John Steggerda, SP Trimbach: Ich kann mit Überzeugung ja sagen, zur 13. AHV-Rente. Aber was mich wirklich stört. AHV-Rentner sind nur ein Teil von Rentnern in der Schweiz. Denn Menschen mit Behinderung, die auch Rentner sind, die werden massiv benachteiligt. Es gibt keinen Ausgleich. Der Kaufkraftverlust ist noch grösser. Es muss auf der Ebene der Ergänzungsleistungen eine Gesetzesanpassung geben, in der Menschen im AHV-Alter privilegiert sind. Ich finde das wunderbar, aber mit der gleichen Energie, mit der man sich für eine 13. Rente im Alter einsetzt, finde ich, wäre es auch richtig man setzt sich für eine 13. Rente für Menschen mit Behinderungen ein. Wir haben 1,7 Millionen Menschen mit Behinderungen davon sind 50% im AHV-Alter und die gehen leer aus. Und der Kaufkraftverlust ist genau gleich da. Also ja zur 13. AHV und gleichzeitig braucht es auch für die anderen Rentnerinnen und Rentner zwingend eine Anpassung.

Daniela Gysling, SP Erlinsbach: Ich habe noch Fragen wegen der EL. Es heisst immer Leute, die zu wenig Geld haben aus der Rente, können Ergänzungsleistungen beantragen. Dann hört man aber, dass dies häufig nicht gemacht wird?

Gabriela Medici: Die Leute, die zu wenig Geld haben, haben Anspruch, Ergänzungsleistungen zu beantragen. Das ist wie bei der Sozialhilfe, wenn der Lohn nicht reicht und man dann Ergänzungsleistungen erhält, wenn die Renten nicht reichen. Über 300'000 Menschen in der Schweiz beziehen heute Ergänzungsleistungen zusätzlich zu ihrer Rente, wenn die nicht genügt. Noch mal etwa fast gleich viel hätten eigentlich Anspruch darauf und machen es nicht. Warum nicht? Weil man Angst hat, weil man nicht weiss, wie es geht, weil man sich schämt, weil man nicht sein Häuschen verlieren will oder weil man eben wenigstens das Häuschen weitervererben möchte. Das sind unterschiedliche Gründe. Es gibt auch dann wieder beispielsweise die Situation, dass Leute mit Migrationshintergrund Angst haben, dass sie ihren Aufenthaltsstatus verlieren. Pro Senectute hat eine Studie in Auftrag gegeben. Die, die nicht beziehen, innerhalb von denen, die könnten, das sind wieder einmal die Ärmsten, wieder die, die am wenigstens Bildungshintergrund haben, die am wenigsten Einkommen haben. Aber, es geht nicht um Altersarmutsbekämpfung. Also ja, wenn wir nichts machen, dann ist die Folge, die steigende Altersarmut, das ist klar. Aber die AHV ist nicht da, die Altersarmut zu verhindern, obwohl sie es auch macht. Die AHV brauchen wir. Das ist der Lohn, wenn wir nicht mehr arbeiten. Das ist die Versicherung, das ist der Anspruch auf das, dass man so weitermachen kann, existenzsichernd, wenn man nicht mehr arbeitet. Also lasst euch vielleicht auch nicht zu fest ablenken von dem Argument der Altersarmut..

c) Parolenfassung

Der Parteitag beschliesst einstimmig mit 44 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 0 Nein-Stimmen die Ja-Parole zur Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente.

8. Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)

a) Vortrag Farah Romy, Nationalrätin SP

Farah Romy, Nationalrätin SP Grenchen, hat das Wort.

Liebe Genossinnen und Genossen, auch ich darf heute ein paar Worte an euch richten und die Renteninitiative vorstellen. Wir haben national ein überparteiliches Komitee gegründet, vertreten durch alle Bundesratsparteien ausser der FDP. Die Jungfreisinnigen möchten mit ihrer Volksinitiative das Rentenalter für alle Menschen in der Schweiz auf 66 Jahre erhöhen. Weiter möchten sie aber auch einen Automatismus im Gesetz verankern, in welchem das Rentenalter an die durchschnittliche Lebenserwartung der Schweizer Bevölkerung gekoppelt werden soll. Es handelt sich hier um eine ungerechte, untaugliche und unsoziale Lösung für unsere Altersgesundheit. Sie berücksichtigt weder die sozialpolitische Situation noch den Arbeitsmarkt in der Schweiz.

Bei der Festlegung des Rentenalters müssen verschiedene Aspekte berücksichtigt werden, z. B. die Entwicklung der Wirtschaft, des Arbeitsmarkts sowie der Gesundheitszustands der Bevölkerung. Mit dieser Initiative wird aber das Rentenalter ausnahmslos allein durch eine mathematische Formel bestimmt, egal, wie die Situation bei den älteren Arbeitnehmenden aussieht.

Das Volk hat im September 2022 die letzte AHV-Reform beschlossen und eine weitere Reform innerhalb der kurzen Zeit, bis wir überhaupt das Rentenalter für Frauen umgesetzt haben, ist eigentlich völlig unsinnig. Die Initiative betrifft Arbeitnehmende mit einer höheren beruflichen Belastung und tieferem Einkommen und Bildungsabschluss, und am stärksten

vergrössert sie die soziale Ungleichheit. Arbeitnehmende mit einem höheren Einkommen, die viel weniger von dieser Erhöhung vom Rentenalter betroffen wären, die können schon heute früher in Pension gehen. Und die anderen, die sich eben keine Frühpension leisten können, die wird das einfach mit voller Wucht treffen. Die Initiative geht auch auf Kosten von Menschen, die weniger lang leben. Sie verlieren einen grossen Anteil ihrer wohlverdienten Zeit und der gesunden Jahre in Rente. Menschen mit harten Jobs und tiefen Bildungsabschlüssen leben deutlich weniger lang und haben einen schlechteren Gesundheitszustand. Der Professor lebt deutlich länger als z.B. der Pflegeassistent und die Anwälte länger als der Schreiner oder der Maurer. Für ältere Arbeitnehmende ist es bereits heute schwierig eine Stelle zu finden, denn die Langzeitarbeitslosigkeit betrifft sie am härtesten. Wer keine Leistungen mehr von der Arbeitslosenversicherung bekommt, ist automatisch auf Sozialhilfe angewiesen.



Die Initiative würde es vielen Arbeitnehmenden weiterhin erschweren, bis zum Rentenalter im Arbeitsmarkt zu bleiben. Das gäbe einfach eine Verlagerung der Kosten auf andere Sozialwerke. Am Ende des Erwerbslebens nimmt auch die Zahl von Menschen, die IV beziehen, zu. Es betrifft nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern auch Menschen, die nicht mehr arbeiten können. Die Neurentenquote ist in dieser Altersgruppe am höchsten. Die Erwerbstätigkeit ist je nach Beruf physisch und psychisch belastend. Bei einer weiteren Erhöhung des Rentenalters würde die Einfallquote steigen, da die Arbeitnehmenden in belastenden Berufen teilweise nicht bis zur Pensionierung arbeiten können. Die Initiative ist aber auch völlig antidemokratisch. Es könnte weder der Bundesrat, noch das Parlament, noch die Bevölkerung irgendetwas daran rütteln oder sich gegen die Höhe des Rentenalters aussprechen. Alle Faktoren, die ich aufgezählt habe, könnten nicht berücksichtigt werden. Es ist mir wichtig zu erwähnen, dass vor allem die FDP, die im Kantonsrat immer wieder Wert darauf legt, dass man die demokratischen Prozesse nicht minimiert und wahren sollte, diese Initiative unterstützt. Auf jeden Fall widersprechen sie sich in dieser Initiative selbst. So gäbe es keinen demokratischen Prozesse mehr. Das wäre eine rein technokratische Vorlage. Die Renteninitiative sieht auch vor, dass die Arbeitnehmenden erst 5 Jahre vor der Pensionierung erfahren, zu welchem Zeitpunkt sie in Pension gehen können. Man muss sich vorstellen, was das für eine Planungsunsicherheit ist. Anfang Sechzig erst wissen können, wann man in Pension gehen kann, das will niemand. Das gilt aber auch für die Pensionskassen. Sie müssten jährlich ihre Vorsorgeplanung, die Reglemente und die Lohnbeiträge anpassen. Das heisst auch, dass die Verwaltungskosten der 2. Säule steigen. Es ist auch wichtig zu erwähnen, dass mit den beiden Reformen in den letzten 5 Jahren die Finanzen der AHV bis 2030 stabilisiert wurden. Der Bundesrat hat den Auftrag, bis Ende 2026 eine Vorlage vorzubereiten, die die Stabilisierung der AHV nach 2030 gewährleisten soll. Liebe Genossinnen und Genossen, wer sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, hat auch das Anrecht auf eine anständige Pension, Gesundheit und eine gute Lebensqualität. So älter zu werden, ist nicht selbstverständlich. Deshalb bitte ich euch diese Vorlage abzulehnen.

b) Diskussion

Noam Schaulin, SP Hochwald: Die Jungfreisinnigen wollen uns weismachen, dass es eine Frage von Jung gegen Alt ist. Sie wollen aber davon ablenken, dass es eine höchst unsoziale Vorlage ist. Als Juso ist es mir ein Anliegen klarzumachen, dass es nicht um Alt gegen Jung geht. Es geht um oben gegen unten. Bitte geht dieser Augenwischerei nicht auf den Leim und lehnt diese unsoziale Vorlage ab.

c) Parolenfassung

Der Parteitag beschliesst einstimmig mit 44 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 0 Nein-Stimmen die Nein-Parole zur Renteninitiative.

9. Varia

a) Vorstellung SP Queer Luca Dahinden

Luca Dahinden, SP Queer, hat das Wort.

Danke für die Einladung. Ich stelle euch gerne die SP-Queer vor. Ich heisse Luca Dahinden. Ich brauche das Pronomen «er». Ich bin 28 Jahre alt und aus der Stadt Zürich. Ich bin dort politisch in der SP aktiv und Mitglied der Geschäftsleitung von SP-Queer Schweiz. Ich möchte erzählen, warum wir uns gegründet haben. Wir haben 2021 zum Glück die Ehe für alle angenommen. Aber die Ehe für alle ist noch nicht das Ende der Fahnenstange. Nur schon in der Vorlage zur Ehe für alle sind wieder Diskriminierungen integriert, nämlich für lesbische Paare ist die Samenspende nicht gleich geregelt wie für heterosexuelle Paare. Auch eine Diskriminierung betreffend der Geschlechtsidentität ist weiterhin möglich. Eines

unserer Ziele ist es auch, Aufklärungsarbeit über queere Themen in den Kantonen und in den Sektionen zu leisten. Die SP war immer Vorreiterin bei Gleichstellungsthemen und dies muss auch so bleiben und weiter gehen. Die Schweiz ist im europäischen Vergleich im Mittelfeld, wenn es um die Rechte von queeren Personen geht. Der Anstieg von Hate-Crimes gegenüber queeren Personen ist immer noch sehr hoch, weil sie nicht der Hetero-Norm entsprechen. Ich darf meinem Freund, wenn ich mit ihm spazieren gebe, teilweise nicht mal die Hand geben. Auch haben queere Personen keine Unterstützung für Opferhilfe oder Schutzräume zur Verfügung. Wir queere Personen haben eine eigene Geschichte und eine florierende queere Community. Wir wollen Sichtbarkeit schaffen für queere Personen in der SP. Wir haben uns im Februar 2022 gegründet. Es sind nicht nur Frauen in der Politik unterrepräsentiert, sondern auch queere Personen. Es gibt den Kampf für queere Rechte, aber es gibt auch Querschnittsthemen, die uns beschäftigen. Wir arbeiten mit bei den Legislaturzielen der SP Schweiz, um unsere Themen dort einzubringen. Wir machen diverse Aktionen und vernetzen uns in der Community und in der SP und wir machen Bildungsveranstaltungen. Und wir gleisen zurzeit ein politisches Monitoring auf. Falls es unter euch queere Genoss:innen gibt, die noch nicht bei uns Mitglied sind, dürft ihr sehr gerne bei uns Mitglied werden.

John Steggerda, SP Trimbach: Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte etwas zu der Solothurner Volksinitiative sagen, die wir letztes Jahr gestartet haben: «Politische Rechte von Menschen mit einer geistigen Behinderung.» Ihr habt es im links schon gelesen. Ihr habt im links schon einen Unterschriftenbogen erhalten. Es zeigt sich aber, dass es schwierig ist, 3000 Unterschriften zu sammeln. Wir sind nicht so erfolgreich wie die Mindestlohninitiative. Ich möchte euch bitten, ein Blatt auf den Heimweg mitzunehmen. Ganz kurz, um was es geht. Im Kanton Solothurn, aber nicht nur im Kanton Solothurn, in der ganzen Schweiz sind Menschen mit geistiger Behinderung, mit umfassender Beistandschaft vom Stimm- und Wahlrecht ausgeschlossen. Ausgeschlossen, weil sie behindert sind und nicht geprüft wurde, ob sie stimm- und wahlfähig wären. Einfach, weil sie behindert sind, werden sie ausgeschlossen. Aus meiner Sicht eine klare Diskriminierung dieser Menschen im Kanton Solothurn. 200 Menschen, die einfach nicht an Abstimmungen und Wahlen teilhaben können. Ich finde es einen Skandal, dass wir im Kanton oder in der ganzen Schweiz das noch nie verändert haben. Mit der Volksinitiative möchten wir nichts anderes machen als einfach sagen, alle Menschen im Kanton Solothurn, Schweizer Bürger ab 18 Jahren, haben das Stimm- und Wahlrecht. Ich finde es wichtig, es wäre ein tolles Zeichen, dass wir im Kanton Solothurn der ganzen Schweiz vorausgehen könnten. Der Kanton Genf ist uns zwei Jahre voraus und der Kanton Solothurn wäre der zweite Kanton, der das realisieren würde. Ich danke euch herzlich für eure Unterstützung.

Hardy Jäggi, Co-Präsident SP Kanton Solothurn, hat das Wort.

Somit hätte ich noch etwas. Unser Sekretariat hat heute einen etwas anderen Raum, eine andere Location gefunden für den Parteitag. Und die Frage an euch wäre jetzt, hat euch das gefallen? (Applaus)

Gut, die Rückmeldung ist angekommen. In diesem Fall wären wir mit dem ersten Parteitag im Jahr 2024 fertig. Schön seid ihr gekommen. Kommt gut nach Hause. Habt eine gute Zeit und bis zum nächsten Mal.

Für das Protokoll:

Fabian Müller, 22. Januar 2024